

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: KV Odenwald-Kraichgau
Beschlussdatum: 07.10.2020

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 13 bis 16 einfügen:

Verbrauch natürlicher Ressourcen schon. Wachstum in bestimmten Bereichen wird auch in Zukunft wichtig sein, andere Bereiche werden schrumpfen, um die Lebensbedingungen der Menschheit zu verbessern. Es geht dabei um ein qualitatives Wachstum, das neben ökonomischen Kriterien auch soziale und ökologische berücksichtigt. Von der Zielgröße Wirtschaftswachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) müssen wir uns unabhängiger machen. Das erfordert insbesondere eine Umgestaltung unseres Sozialsystems.

Begründung

Grüne Wirtschaftspolitik sollte sich nicht einem Sachzwang Wachstum unterordnen, sondern die Arbeit an der Wachstumsunabhängigkeit unseres Sozial- und Wirtschaftssystems als politische Aufgabe begreifen. Im Programmentwurf wird der Begriff Wachstum mehrfach mit positivem Grundton genutzt. Die kritische gesellschaftliche Diskussion um Suffizienz und um die Abhängigkeit vom BIP-Wachstum wird hier ignoriert. Anders als im Zwischenentwurf wird das Problem nicht einmal benannt. Völlig richtig war im Zwischenbericht formuliert: "Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich gesellschaftliche Verteilungskonflikte."